

» Beobachtungen zur Zeit «

No 17



M. M. WARBURG & CO

1798

**Die deutsche Einheit:
Eine Zwischenbilanz nach 25 Jahren**

von Andreas Rödder

Die deutsche Revolution von 1989/90 war eine besondere Revolution. Statt sich zu radikalisieren wie etwa die Französische Revolution von 1789, ging die friedliche Revolution auf den Straßen der DDR in die geregelten Bahnen des staatlichen Beitritts zur Bundesrepublik über. Dabei wandelten sich auch die Ziele: stand im Herbst 1989 der Gewinn der Freiheit im Mittelpunkt, so rückte nach dem Fall der Mauer das Interesse an zügigem Wohlstand in den Vordergrund. Beides ist freilich kein Gegensatz. Vielmehr gehören Demokratie und Wohlstand im Modell des „Westens“ untrennbar zusammen, das sich mit dem Ende des Ost-West-Konflikts durchsetzte. Im Winter 1989/90 kam noch ein drittes Ziel hinzu: die Massenabwanderung aus der DDR zu stoppen. Diese drei Ziele bestimmten die Agenda der deutschen Revolution.

All dies geschah in atemberaubendem Tempo. Es war, wie Jacob Burckhardt im 19. Jahrhundert geschrieben hatte, einer jener historischen Momente, in denen „der Weltprozess plötzlich in furchtbare Schnelligkeit“ gerät: „Entwicklungen, die sonst Jahrhunderte brauchen, scheinen in Monaten und Wochen wie flüchtige Phantome vorüberzugehen und damit erledigt zu sein.“¹ Dabei wechselten auch die treibenden Kräfte, von der Bürgerbewegung in der DDR zur Bundesregierung in Bonn, der die Mehrheit der Ostdeutschen spätestens mit den Volkskammerwahlen vom 18. März 1990 die Verantwortung für die weitere Entwicklung übertrug.

Die Wiedervereinigung war ein Sprung ins Dunkle, eine der ganz großen, unabsehbaren Herausforderungen in der deutschen Geschichte des zwanzigsten Jahrhunderts. In dieser Situation entschied sich die Bundesregierung, die DDR durch eine schnelle und umfangreiche Übertragung der westlichen Institutionen möglichst vollständig zu „bundesrepublikanisieren“.

Natürlich gab es Alternativen dazu, denn die gibt es immer. Weder zeitgenössisch noch nachträglich aber ist eine Alternative entwickelt worden, die alle drei Ziele – Demokratisierung, Wohlstand und Stopp der Massenabwanderung aus der DDR – auf tragfähiger Basis miteinander vereinbart hätte. Zugleich unterlag die Wiedervereinigung in der Form von 1990 zwei grundsätzlichen Fehleinschätzungen: einer ökonomischen und einer kulturellen.

Zweierlei Fehleinschätzungen

Getragen vom Boom der Bundesrepublik in den späten achtziger Jahren und geleitet von der vierzigjährigen „Erfolgsgeschichte“ des „Modell Deutschland“, ging die westliche Vorstellung dahin, „den marxistisch-leninistischen Baum zu fällen“², so dass von der DDR bestenfalls das Ampelmännchen und der grüne Pfeil zum Rechtsabbiegen blieben. Die Übertragung der westdeutschen Ordnung würde stattdessen ein Wirtschaftswunder entfachen, wie es die Bundesrepublik in den fünfziger Jahren erlebt hatte. Innerhalb kurzer Zeit würden „blühende Landschaften“³ entstehen und die vormalige DDR in der Bundesrepublik aufgehen, während sich die Ostdeutschen in zufriedene Bundesbürger verwandelten.⁴

Abgesehen davon, dass diese Vorstellung die bundesdeutsche „Erfolgsgeschichte“ ebenso überschätzte wie sie die anstehenden Probleme unterschätzte, lag ihr ironischerweise eine geradezu marxistische Denkweise zugrunde: das materielle Sein werde das Bewusstsein bestimmen. Nun ist es in der Tat die Aufgabe einer demokratischen Regierung, für das materielle Sein statt für das individuelle Bewusstsein zu sorgen. Zugleich aber blieb die Sensibilität für die kulturelle Dimension der Wiedervereinigung auf westlicher Seite weit hinter den institutionellen Regelungen zurück. Als Lothar de Maizière am Vorabend des 3. Oktober 1990 „Abschied ohne Tränen“ von der DDR nahm und zugleich bekundete, die Geschichte dieser vierzig Jahre sei „ein Teil unserer persönlichen Biographie, ein Stück unseres gewachsenen Ichs“, die „zurückzulassen manchem schwer fallen wird“⁵, fand er wenig Verständnis bei den westdeutschen Repräsentanten. Überhaupt hielt sich das Bewusstsein für das Ausmaß des Transformationsprozesses, für die materiellen und kulturellen Anpassungsleistungen, die von den Ostdeutschen gefordert wurden, zwischen Flensburg, Saarbrücken und Berchtesgaden in engen Grenzen.

So waren west-östliche Missverständnisse tief im Einigungsprozess angelegt. Westdeutsche Selbstgewissheit als Sieger der Geschichte und als Gestalter der Einheit traf auf eine ostdeutsche Melange aus tiefer Verunsicherung und

hohen Erwartungen an die Bundesrepublik. Schon früh entwickelte sich auf ostdeutscher Seite ein Gefühl der Benachteiligung und der Fremdbestimmung, der mangelnden Anerkennung und der kränkenden Entwertung ostdeutscher Biographien durch westliche Dominanz. Der lange vorherrschende, oftmals bittere Gegensatz zwischen (Jammer-), „Ossis“ und (Besser-), „Wessis“ ist zwar aus dem öffentlichen Diskurs weitgehend verschwunden. Immer wieder ermitteln Umfragen aber noch regelmäßig persistente politisch-kulturelle und mentale Unterschiede und eine ostdeutsche Abgrenzungsidentität.

Dass die Differenzen tiefer lagen und länger währten als gedacht, gilt neben der kulturellen Dimension auch für die ökonomische. Mit der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion entschied sich die Bundesregierung für eine schlagartige Transformation der DDR zum 1. Juli 1990 – mit allen Konsequenzen.

Volle Regale in den Geschäften signalisierten das Ende der Mangelwirtschaft, während der Aufwertungsschock durch die Währungsumstellung ein wesentlicher Grund für die Deindustrialisierung war, die im selben Moment einsetzte. Die Frage des Umtauschkurses war dabei ein Paradebeispiel für die Zwänge der Wiedervereinigung, die immer wieder „nur die Wahl zwischen zwei schlechten Lösungen“⁶ ließ. Die Währungsumstellung – eins zu eins für Stromgrößen wie Gehälter und Mieten, zwei zu eins für Geldvermögen und Verbindlichkeiten oberhalb gewisser Freigrenzen, alles zusammen 1,8 zu eins – verhinderte einen politisch nicht durchhaltbaren Kaufkraftrückstand der Ostdeutschen und beförderte zugleich einen unerwartet heftigen wirtschaftlichen Absturz der nicht konkurrenzfähigen DDR-Wirtschaft.

Die Arbeitslosenzahlen stiegen schon 1991 über eine Million an. Sie entsprachen zwar in etwa der Scheinbeschäftigung in der DDR und waren daher eine Folge der mangelnden Konkurrenzfähigkeit der DDR-Wirtschaft unter Marktbedingungen. Nichtsdestoweniger wurde Arbeitslosigkeit, nicht das Wirtschaftswunder, zum Urerlebnis der Ostdeutschen mit der Marktwirtschaft. Und war es nicht Arbeitslosigkeit, so wurde oft ein Wechsel des Arbeitsplatzes erforderlich, der zu Zeiten der DDR ganz unüblich gewesen war. 1993 befanden sich nur noch 29% der Ostdeutschen an dem Arbeitsplatz, an dem sie im

November 1989 tätig gewesen waren. Obendrein brach in Ostdeutschland mit dem Betrieb nicht nur der Arbeitsplatz weg, sondern zugleich der zentrale Ort der sozialen Gemeinschaft.

Diese Erfahrungen erzeugten eine „tiefe emotionale Distanz der Ostdeutschen zur Marktwirtschaft.“⁷ Verstärkt wurde diese durch eine Institution, die bald zum Sündenbock aller Vereinigungsunbilden wurde: die Treuhandanstalt. Zum 1. Juli 1990 wurde sie zur Eigentümerin von 7.894 Volkseigenen Betrieben mit vier Mio. Beschäftigten und einer Grundfläche, die mehr als die Hälfte des Territoriums der DDR umfasste. Ihr Auftrag war das umfangreichste Programm der Eigentumsumschichtung seit der Säkularisation 1803 und der Bodenreform in der SBZ nach dem Zweiten Weltkrieg. In diesem Fall aber ging es nicht um Verstaatlichung, sondern um Privatisierung, und dafür gab es weder ein historisches Vorbild noch konzeptionelle Vorlaufzeit.

Die Devise der Treuhand lautete: „Schnell privatisieren, entschlossen sanieren, behutsam stilllegen.“ Doch bald kam alles anders als erwartet: die Zahl der überlebensfähigen Betriebe war sehr viel niedriger als ursprünglich veranschlagt, und permanent mussten die Erwartungen nach unten korrigiert werden. Das Aktionsfeld der Treuhand wandelte sich rasch von einem Verkäufer- zu einem Käufermarkt. Als die Treuhand Ende 1994 ihre Bücher schloss, waren von den 12.162 Unternehmen, die vorwiegend aus den ehemaligen Kombinatn entstanden waren, 3.718 (30,6%) stillgelegt, 6.546 (53,8%) privatisiert, 1.588 (13,1%) an Alteigentümer zurückgegeben und 310 Unternehmen (2,6%) in kommunale Trägerschaft überführt worden, wobei die privatisierten Betriebe überwiegend in westlichen Besitz übergingen. Dabei war mehr als die Hälfte der ehemals 4 Millionen Arbeitsplätze verloren gegangen.⁸

Die Treuhand wurde zum Inbegriff des „Ausverkaufs“ der DDR und des Vorwurfs, der Westen habe lebensfähige Strukturen zerstört, um mögliche Konkurrenz niederzuhalten. Nicht zuletzt vor diesem Hintergrund zählt eine fundierte empirische Aufarbeitung der Geschichte der Treuhand zu den zentralen Forschungsaufgaben. Einstweilen spricht aber viel für die Auffassung, dass nicht die Treuhand und ihr Handeln das zentrale Problem darstellten,

sondern ihr Auftrag, der sich angesichts der Rahmenbedingungen gar nicht zufriedenstellend erfüllen ließ. Die „verwaltete[n] Illusionen“⁹ zeigten sich allein daran, dass die Erwartungen bei Gründung der Treuhand dahin gingen, dass sie etwa 600 Mrd. D-Mark Erlösen würde, aus denen sich die Kosten der Einheit weitgehend finanzieren ließen. Tatsächlich schloss sie mit einem Defizit von 230 Mrd. D-Mark.¹⁰ Diese Diskrepanz von 830 Mrd. D-Mark – selbst in Zeiten der Euro-Rettungsschirme eine Menge Geld – enthüllt sowohl die ökonomischen Dimensionen, die durch die deutsche Einheit aufgerufen wurden, als auch das Ausmaß der Illusionen von 1990.

Zwei Jahre nach der Wiedervereinigung waren die neuen Länder „praktisch deindustrialisiert“¹¹; ihr Anteil an der gesamtdeutschen industriellen Wertschöpfung lag bei gerade noch 3,5 Prozent¹², während die Basis für marktfähige Dienstleistungen fehlte. Die Ursachen dafür lagen dabei weniger in institutionellen Mängeln der Wiedervereinigung als vielmehr in Strukturproblemen der DDR-Wirtschaft. Dabei war der verschlissene Kapitalstock ein Problem, das sich durch den „Aufbau Ost“ noch eher lösen ließ als eine zweite Folge von 40 Jahren sozialistischer Planwirtschaft: ein Mangel an weltmarktfähigen Produkten, an indigenem Marktwissen und an Innovationspotential, zumal auf verteilten Auslandsmärkten und bei überlegener Konkurrenz westlicher Unternehmen.

Vermeintliche Übergangsphänomene wurden zu Dauerproblemen, die unerwartete staatliche Interventionen erforderten, ohne die erwarteten Ergebnisse zu erbringen. Der Aufbau- und Konvergenzprozess verlief sehr viel langsamer, mühsamer und begrenzter als erwartet. Die erste Phase der Deindustrialisierung, die von massiven Investitionen in die Infrastruktur, einer boomenden Expansion der Bauwirtschaft und hohen Wachstumsraten begleitet war, endete mit dem Einbruch des Baubooms und dem Platzen der dadurch entstandenen ostdeutschen Immobilienblase 1995. Sie ging in eine lange zweite Phase eines verlangsamten Aufholprozesses und – wie insbesondere aus der Rückschau erkennbar wird – der kontinuierlichen Reindustrialisierung über, die nach der Weltfinanzkrise seit 2009 zumindest vorübergehend zu einem Halt gekommen ist.

Eine deutsche Bilanz

Wie sieht nun die Bilanz nach 25 Jahren aus?¹³ In den neuen Ländern hat – soweit sie nicht abgewickelt worden ist – eine Modernisierung der Produktion und eine veritable Reindustrialisierung stattgefunden, die im Vergleich zu Westdeutschland durch zwei Besonderheiten gekennzeichnet ist: zum einen sind in den neuen Ländern überwiegend kleine Betriebsgrößen anzutreffen, zum anderen Produktionsstätten größerer Unternehmen. Diese fungieren weithin als „verlängerte Werkbänke“, während die Forschungs- und Entwicklungsabteilungen samt Ingenieuren und Managern in Westdeutschland angesiedelt sind. So reichen Innovationspotentiale und ökonomische Potenz nach wie vor nicht an die starken westdeutschen Regionen heran; die Anzahl der Patente pro Einwohner zum Beispiel beträgt in Ostdeutschland nur etwa 30% von der des Westens. In und um Dresden, Leipzig, Jena und Berlin sind regionale Wachstumsregionen und Innovationskerne entstanden, aufs Ganze gesehen allerdings weder selbsttragende wirtschaftliche Strukturen noch eine selbsttragende Steuerbasis.

Was die ökonomischen Kennzahlen betrifft, so hat die Produktivität (je nach Berechnungsmethode) ca. 75 bis 80 Prozent des Westniveaus erreicht und ist dort stehen geblieben.¹⁴ Mit Ausnahme der Landwirtschaft ist eine Produktivitätslücke zwischen alten und neuen Ländern verblieben, wo die Lohnstückkosten wiederum unter dem westdeutschen Niveau liegen. Schwerwiegendstes Problem in den neuen Ländern war zunächst die Arbeitslosigkeit, die 2003 gar die 20%-Marke überschritt. Seit 2005 ist sie, wie in ganz Deutschland, erheblich gesunken (bis 2012 von 21 auf 12%), wobei sie durchgängig fast doppelt so hoch liegt wie der westdeutsche Durchschnitt. Dabei ist der Anschluss an die alten Länder in Sichtweite gerückt: im August 2009 wurde in Thüringen erstmals eine niedrigere Arbeitslosenquote als in einem westdeutschen Bundesland (Bremen) ermittelt.¹⁵ Arbeitslosigkeit ist mithin nach wie vor ein großes Problem der neuen Länder, allerdings nicht mehr so dramatisch wie in den ersten beiden Jahrzehnten nach der Wiedervereinigung.

Schneller als die Produktivität entwickelte sich der Lebensstandard in den neuen Ländern. Eine „nachholende Einkommensexpllosion“¹⁶ erfasste vor allem Erwerbstätige, die einen Arbeitsplatz besaßen, und Rentner, die insbesondere von der in der DDR verbreiteten Doppelerwerbstätigkeit von Ehepaaren profitierten. Statistisch gesehen (wobei sich die unterschiedliche Sozialstruktur niederschlägt) beträgt das Einkommen je Einwohner in den neuen Ländern ca. 80% des Niveaus der alten Länder bei zugleich niedrigeren Lebenshaltungskosten, v. a. für Mieten und Immobilien. Haben sich die Realeinkommen angenähert, so haben sich die Konsummuster angeglichen: die Ausstattungslücke mit Autos, Telefonen, Computern, Haushalts- und Unterhaltungselektronik war bereits nach einem Jahrzehnt weitgehend geschlossen. Selbst für die Verlierer der Einheit – v. a. Arbeitslose und Teile der sozialistischen Eliten – trifft zumindest in materieller Hinsicht Helmut Kohls Prognose zu, es werde in Ostdeutschland „niemandem schlechter gehen als zuvor – dafür vielen besser.“¹⁷

Grund dafür war die Sozialunion, die gemeinsam mit der Wirtschafts- und Währungsunion zum 1. Juli 1990 in Kraft trat und die einigungsbedingten sozialen Härten abfederte. Zugleich verursachte sie unerwartet hohe Kosten: sie überlastete die sozialen Sicherungssysteme und führte zu einem Anstieg der deutschen Staatsverschuldung auf über 1.500 Mrd. Euro bis 2008¹⁸, bis Weltfinanzkrise und Euro-Schuldenkrise ganz neue Dimensionen von Beträgen aufriefen.

Über anderthalb Jahrzehnte lang verbreitete sich vor diesem Hintergrund die Einschätzung einer „misslungenen“ Einheit, die mit der Wahrnehmung der deutschen Krise vom „Abstieg eines Superstars“¹⁹ einherging. Diese Einschätzung hat sich mit dem deutschen Wiederaufstieg seit 2005 verändert: die ökonomische Erholung in Verbindung mit der demographischen Entwicklung haben das Problem der Arbeitslosigkeit entschärft und die sozialen Sicherungssysteme entlastet, während niedrige Zinsen die Refinanzierung der explodierten Staatsverschuldung tragbar machen. Die Frage bleibt freilich, wie nachhaltig diese Entspannung wirkt: niedrige Zinsen können sich in kurzer Frist umkehren, und die demographische Entwicklung bringt in der langen Frist nicht nur entlastende Effekte mit sich.

Sind die Zukunftsaussichten also notorisch ungewiss, so fällt der historische Vergleich zu den großen finanziellen Überbürdungen in der deutschen Geschichte eher günstig aus – vergleicht man die Finanzierung der Wiedervereinigung zum Beispiel mit der Finanzierung des Ersten Weltkriegs, die in Hyperinflation, Vermögensverlusten und gesellschaftlicher Radikalisierung endete.

Überhaupt hängt jedes Urteil vom angelegten Maßstab ab. Das gilt nicht zuletzt für die Bilanz der deutschen Einheit. Misst man sie an den Erwartungen des Jahres 1990, dann ist die deutsche Einheit hinter überzogenen Hoffnungen zurückgeblieben.

Misst man sie an den realistischen Zielen, die sich für die DDR 1989/90 stellten, dann lässt sich feststellen: die akute Massenabwanderung wurde durch die deutsche Einheit gestoppt, ohne den Verlust von über einer Million oft besonders qualifizierter Einwohner zwischen 1991 und 2007 (samt der demographischen Folgen) verhindern zu können, für die wiederum ca. 400.000 Menschen aus dem Westen kamen.²⁰ Auf politischer Ebene entstand eine stabile Demokratie, die mittelfristig auch die zur Partei der Einheitsverlierer mutierte PDS zu integrieren vermochte. Die Lebensbedingungen der überwiegenden Mehrzahl der Menschen verbesserten sich dramatisch, während trotz einer kontinuierlichen Reindustrialisierung keine wirklich selbsttragende Wirtschaft entstand.

Gemessen an der Situation des Jahres 1989 erlebte Deutschland eine gigantische Aufbau- und Solidarleistung, einen nationalen Kraftakt unter enormem Mitteleinsatz und mit massiven Transferleistungen – auf 2.000 Mrd. Euro wird das Gesamtvolumen bislang geschätzt. Städte, Infrastruktur, Versorgung, Arbeitsproduktivität und soziale Sicherung nahmen einen enormen Aufschwung, und vielerorts, wenn auch nicht überall, sind die „blühenden Landschaften“ entstanden. Das ist weniger als 1990 erwartet, aber mehr, als in Kenntnis aller Umstände zu erwarten gewesen wäre.

Ökonomisch gesehen sind die neuen Länder auf den Stand strukturschwacher Regionen in einem hochproduktiven Industrieland gekommen. Auch hier stellt sich die Frage nach dem Maßstab: Ostdeutschland liegt in seiner

Performanz weit vor allen anderen vormaligen postkommunistischen Transformationsstaaten; die Produktivität liegt etwa doppelt, die Bruttolöhne etwa dreimal so hoch wie in Tschechien, das hinsichtlich der Ausgangslage vergleichbar ist.²¹ Auch sind die neuen Länder dem Schicksal abgehängter deindustrialisierter Regionen wie in England und Wales entgangen und sie sind auch kein deutsches Mezzogiorno geworden. Gegenüber den westdeutschen Ländern hat eine Annäherung stattgefunden, allerdings keine Angleichung; möglich erscheinen kleine Schritte, während eine vollständige Konvergenz der Lebensverhältnisse in unrealistische Ferne gerückt ist – eine andere Frage ist, ob dies ein realistischer Maßstab ist.

Alles in allem: die Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland sind größer und hartnäckiger als 1990 gedacht, wie sich nicht zuletzt ganz aktuell im Umgang mit Ressentiments und Gewalt gegen Asylbewerber und allgemein im Umgang mit ethnischer Diversität zeigt. Während xenophobes Verhalten im Westen auf massive Zurückweisung durch die Mehrheit der Zivilgesellschaft stößt, kann es sich in den neuen Ländern vielfach im öffentlichen Raum entfalten. Die Trennlinien zwischen alten und neuen Ländern sind nicht verschwunden, sondern wirtschaftlich, sozial und kulturell nach wie vor sichtbar. Doch sie sind von anderen Problemen und Herausforderungen überlagert: dem Zustrom von Asylbewerbern und der Gestaltung von Zuwanderung, der Euro-Krise und der europäischen Integration oder der Rückkehr militärischer Gewalt nach Europa. Die weiterwirkenden Folgen der Wiedervereinigung sind vor allem auf internationaler Ebene zu beobachten.

Traditionen und Folgen: Das deutsche Problem in Europa

„1913“! François Mitterrand traf das deutsche Trauma, als er sich am 30. November 1989 gegenüber dem deutschen Außenminister Hans-Dietrich Genscher darüber erregte, dass Helmut Kohl zwei Tage zuvor ohne internationale Rücksprache sein Zehn-Punkte-Programm zur deutschen Einheit präsentiert hatte:

„Wenn Deutschland sich, um die DDR vergrößert, im europäischen Gesamtverband bewegt, wird sie in der Europäischen Gemeinschaft Freunde haben, sonst nur Partner mit eigenen Reflexen. Die einzelnen Länder, auch Frankreich, werden sich dann wieder unmittelbar an die Sowjetunion wenden.“

Dann sei „nicht ausgeschlossen, dass man in die Vorstellungswelt von 1913 zurückfalle.“²²

Die deutsche Wiedervereinigung mochte die deutsche Frage staatsrechtlich abschließen – in der internationalen Politik war sie wieder offen. Das Problem war nicht neu, es stellte sich seit über hundert Jahren. „Das Gleichgewicht der Mächte ist vollkommen zerstört worden“²³ – so kommentierte Benjamin Disraeli, der Führer der britischen Konservativen, am 9. Februar 1871 den Ausgang des deutsch-französischen Krieges, mit dem das neu gegründete Deutsche Reich zur militärischen und politischen Vormacht wurde und sich in einer „halbhegemonialen Stellung“²⁴ auf dem europäischen Kontinent wiederfand: zu schwach, um Europa zu beherrschen, aber zu stark, um sich einfach einzupassen.

Mit der Hochindustrialisierung wurde Deutschland zudem zum technologischen und ökonomischen Kraftzentrum in Europa. Um die Jahrhundertwende war Deutschland das Land mit den größten Zukunftspotentialen – und daher wurde der 1. August 1914 zum deutschen Schicksalstag. Der Eintritt in den Ersten Weltkrieg setzte die vielfältigen Übel der deutschen Geschichte im 20. Jahrhundert frei: das Land verlor zwei Weltkriege, erlitt zwei Hyperinflationen, vertrieb weite Teile seiner Eliten, beging mit dem Holocaust das Menschheitsverbrechen schlechthin, verlor ein Drittel seines Territoriums, wurde geteilt – und war nun wieder da.

„Es sind die alten Ängste, es sind die alten Animositäten“²⁵, erkannte Helmut Kohl. Die Erwartungen an ein vereintes Deutschland zielten, wenn nicht auf ein „Viertes Reich“, so doch auf die deutsche Vormacht in Europa. Wieder drohte das Gleichgewicht „vollkommen zerstört“ zu werden, allein schon demographisch. Die Europäische Gemeinschaft wurde nicht mehr von vier ungefähr gleich großen Staaten mit jeweils etwa 60 Millionen Einwohnern bestimmt, vielmehr legte einer von ihnen um fast ein Drittel zu – ganz

zu schweigen von der Wirtschaftskraft, die schon in den achtziger Jahren „erhebliche, ganz erhebliche psychologische Verwerfungen“²⁶ nach sich gezogen hatte, wie abermals Helmut Kohl realisierte.

Zunächst trat freilich das Gegenteil des Erwarteten ein. Mit der Wiedervereinigung und den Folgekosten des „Aufbau Ost“, die 1990 massiv unterschätzt worden waren, schien sich Deutschland substantiell übernommen zu haben. Als Gerhard Schröder 2005 den Bundestag auflöste, weil er mit seiner Reformpolitik keine Mehrheit mehr fand, galt das Land als der kranke Mann Europas. Zur selben Zeit wirkten freilich bereits die Reformen, und mit dem deutschen Wiederaufstieg der vergangenen zehn Jahre trat, mit zeitlicher Verzögerung, der Zustand ein, der 1990 erwartet oder befürchtet worden war: 2015 findet sich Deutschland abermals in einer „halbhegemonialen Stellung“ in Europa wieder, die für das Land so gefährlich ist. Und deshalb stach Mitterrands Drohung „1913“ ins Herz.

Nach der Niederlage von 1870/71 hatte Frankreich die Weltkriege nur mit alliierter Hilfe gewinnen können und 1940 im direkten Duell eine demütigende militärische Niederlage innerhalb von nur sechs Wochen erlitten. Konfrontiert mit dem strukturell überlegenen Nachbarn im Osten, hatte Frankreich nach 1919 vergeblich versucht, Deutschland durch Restriktionen zu kontrollieren. Nach 1949 setzte es demgegenüber auf Kontrolle durch Kooperation und Einbindung Deutschlands – und traf dabei auf die Bereitschaft der bundesdeutschen politischen Eliten zur Selbsteinbindung.

Der Euro und die Einheit

Das war die entscheidende Voraussetzung für die Europäische Währungsunion.²⁷ Die volkswirtschaftlichen Ungleichgewichte zwischen Deutschland und Frankreich in den achtziger Jahren, die uns heute verdächtig bekannt erscheinen, hatten zur dreimaligen Abwertung des Franc geführt, während die Hochzinspolitik der Bundesbank auf die Liquidität der anderen europäischen Volkswirtschaften drückte. „Die D-Mark ist Deutschlands Atombombe“²⁸,

konstatierte Mitterrand, und zu ihrer Entschärfung gab es eine vertraute Methode: die Vergemeinschaftung.

Nur die europäische Union könne die deutsche Macht eindämmen, erläuterte Mitterrand der britischen Premierministerin Margaret Thatcher. Eine europäische Zentralbank, in der Entscheidungen gemeinsam getroffen würden, sei die einzige Möglichkeit der Mitsprache. Ohne eine gemeinsame Währung seien alle europäischen Staaten dem deutschen Willen unterworfen. Daher schlug Wirtschafts- und Finanzminister Edouard Balladur am 29. Dezember 1987 die „Errichtung einer Zone mit einheitlicher Währung“ und gemeinsamer Zentralbank vor.²⁹

Das politische Bonn reagierte gespalten. Auf der einen Seite erhoben die Stabilitätspolitiker im Bundesfinanzministerium und in der Bundesbank erhebliche Bedenken. Auf der anderen Seite trieben die Europapolitiker, allen voran Außenminister Genscher, die europäische Integration voran. Bundeskanzler Kohl schwankte zwischen ordnungspolitischen Reflexen und dem Ziel einer politischen Union Europas, des europäischen Bundesstaates.

Zu einer Vorentscheidung kam es auf dem Europäischen Gipfel von Hannover Ende Juni 1988, der ein Komitee einsetzte, um die „Prinzipien für die Entwicklung eines europäischen Währungsraums und ein Statut für die Errichtung einer Europäischen Zentralbank“³⁰ zu entwerfen – nicht um das Ob ging es also, sondern um das Wie. Vor allem fiel die Leitung nicht, wie im Vorfeld kommuniziert, an den Präsidenten der Deutschen Bundesbank, sondern, wie im Vorfeld arrangiert, an den Präsidenten der Europäischen Kommission, Jacques Delors. Damit war der Einfluss der Stabilitätspolitiker in Deutschland von Beginn an zurückgedrängt.

Das Ergebnis war der Delors-Bericht vom Frühjahr 1989 und die Grundsatzenscheidung des Madrider Gipfels im Juni zugunsten einer Europäischen Währungsunion. Offen blieb einstweilen das Verfahren. Sollte zunächst eine Konvergenz der Volkswirtschaften herbeigeführt und dann die Gemeinschaftswährung geschaffen werden (so die ordnungspolitische „Krönungstheorie“)? Oder sollten erst Institutionen geschaffen werden, denen dann die ökonomische Konvergenz folgen würde (so die „Schöpfungstheorie“, der vor

allein die französische und die italienische Regierung sowie die Kommission folgten)? Dies war mehr als eine Verfahrensfrage – es ging um die Gestalt der Währungsunion. Diese Frage wurde im Herbst 1989 zur zentralen deutsch-französischen Streitfrage. Sie kristallisierte sich an der Einsetzung einer Regierungskonferenz, die den wesentlichen Schritt zur Währungsunion tun würde. Kohl plädierte für eine Entscheidung darüber im Spätjahr 1990, während Mitterrand eine verbindliche Entscheidung auf dem Europäischen Gipfel von Straßburg am 8./9. Dezember 1989 anstrebte – erst recht, als der Mauerfall am 9. November und Kohls Zehn Punkte vom 28. November die deutsche Frage auf die europäische Tagesordnung setzten. Mitterrand befürchtete, Deutschland könne sich ausgerechnet in dem Moment, als die Währungsunion in Sichtweite gerückt war, aus der europäischen Einigung zurückziehen:

„Wenn die West-Integration stehen bleibe, gehe sie zurück. Wenn sie zurückgehe, würden die Verhältnisse in Europa grundlegende Änderungen erfahren und neue privilegierte Bündnisse entstehen.“³¹

Das war eine Drohung, und sie zeigte Wirkung. Am 5. Dezember gab Kohl nach und schrieb an den französischen Präsidenten, der Straßburger Gipfel solle in Straßburg beschließen, die Regierungskonferenz in einem Jahr zu eröffnen.³² So geschah es, und unter welchem Druck Kohl gestanden hatte, offenbarte er dem amerikanischen Außenminister James Baker wenige Tage später:

„Er frage sich, was er denn noch mehr tun könne, als beispielsweise die Schaffung einer Wirtschafts- und Währungsunion mitzutragen. Diesen Entschluss habe er gegen deutsche Interessen getroffen. [...] Aber der Schritt sei politisch wichtig, denn Deutschland brauche Freunde.“³³

Wie steht es also um das Verhältnis von europäischer Währungsunion und deutscher Einheit? Der Euro an sich war nicht der Preis für die Einheit; im Grundsatz schon vor der Wiedervereinigung beschlossen, war der Euro der Preis für die deutsche Stärke in Europa. Der deutsche Preis für die Einheit war ein stärker schöpfungstheoretisches Verfahren – mit der Konsequenz einer weniger stabilitätsorientierten Währungsunion und eines weicheren Euro. Dies

war eine europäische Konsequenz der Wiedervereinigung mit langfristigen Folgewirkungen. Die andere war das Verhältnis zu Russland.

Betrug an den Russen?

Wiederholt ist in den letzten Jahren die These vertreten worden, der Westen habe 1990 zugesagt, die NATO nicht nach Osten zu erweitern, dieses Versprechen später gebrochen und Russland isoliert. Somit kassiere der Westen mit der russischen Politik der jüngsten Vergangenheit die Quittung für sein Verhalten von 1990.

Die These vom Betrug an den Russen³⁴ bezieht sich auf die Gespräche des amerikanischen Außenministers Baker sowie Kohls und Genschers in Moskau am 9. und 10. Februar 1990, als es um die Frage ging, ob die Führung der Sowjetunion einer deutschen Wiedervereinigung zustimmen würde. Baker brachte die Idee eines an die NATO angebotenen Deutschlands und der Zusicherung ins Spiel, „dass die Zuständigkeiten der NATO nicht ein Zoll nach Osten verschoben“ werden sollten.³⁵ Konnte sich Baker später darauf berufen, damit allein Deutschland gemeint zu haben, so ging Genscher einen Schritt weiter. Er lenkte sein Gespräch mit Schewardnadse proaktiv auf die Aussage, die NATO nicht nach Osten auszudehnen, und er setzte hinzu: „Was die Nichtausdehnung der NATO anbetreffe, so gelte dies ganz generell.“ Was er damit meinte, hatte er wenige Tage zuvor gegenüber dem britischen Außenminister Hurd geäußert: Die Russen müssten Garantien dafür haben, dass Polen nicht eines Tages den Warschauer Pakt verlasse und am nächsten Tag der NATO beitrete.³⁶

Die westliche Position änderte sich binnen weniger Tage, als US-Präsident Bush auf das Ziel der uneingeschränkten NATO-Mitgliedschaft eines vereinten Deutschlands umschwenkte und bei einem Treffen in Camp David Ende Februar auch Kohl auf diese Linie einschwor.³⁷ Und später, vor allem nach dem Zerfall Jugoslawiens und der Erfahrung der Balkankriege, ging die NATO bekanntermaßen zur Politik der Osterweiterung über.

Waren Gorbatschow und Schewardnadse also im Februar 1990 getäuscht worden? Auch wenn keine verbindlichen Vereinbarungen über Bakers und vor allem Genschers Zusicherungen geschlossen worden waren – hatte Gorbatschow nicht im guten Glauben daran seine grundsätzliche Zusage zur deutschen Einheit gegeben, die Kohl und Genscher am 10. Februar 1990 in Moskau erhielten? Dem steht Zweierlei entgegen. Erstens hatte Gorbatschow bereits am 26. Januar, also zwei Wochen vor diesen Gesprächen, im internen Kreis besprochen, dass Moskau die deutsche Einheit akzeptiere.³⁸ Und zweitens kam Gorbatschow während des gesamten Einigungsprozesses im Jahr 1990, auch als er beim amerikanisch-sowjetischen Gipfel in Washington Ende Mai und dann beim sowjetisch-deutschen Gipfel im Juli die NATO-Mitgliedschaft des vereinten Deutschlands akzeptierte, nie auf die vermeintliche Zusage des Westens zurück, die NATO nicht nach Osten auszudehnen.

Es handelt sich also um ein nachträgliches Konstrukt, das noch eine weitere Dimension besitzt: Genschers Zusage an Schewardnadse, Polen (und die anderen ostmitteleuropäischen Staaten) nicht in die NATO aufzunehmen, hätte nicht nur bedeutet, diesen Staaten das Recht der freien Bündniswahl gemäß der Schlussakte von Helsinki vorzuenthalten. Es hätte zugleich bedeutet, dass Deutsche und Russen darüber entscheiden. Dass dies in Polen die schlimmsten Erinnerungen an den Hitler-Stalin-Pakt von 1939 wachgerufen hätte – das ist die eigentlich skandalöse Dimension des vermeintlich versäumten westlichen Entgegenkommens gegenüber Moskau.

Es ist zu einfach zu sagen, der Westen habe 1990 die Integration Russlands versäumt. Die Lage war grundsätzlich komplizierter. Die postkommunistischen Staaten in Ostmitteleuropa standen vor der enormen Herausforderung der Transformation in Demokratien und Marktwirtschaften – und suchten sicherheitspolitisch in erster Linie Schutz vor Russland, der alten Hegemonialmacht. Auf die Osterweiterung von NATO und EU zu verzichten, hätte bedeutet, Ostmitteleuropa sich selbst zu überlassen. Welche Gefahren in dieser Situation lauerten, offenbart ein Blick in die Zwischenkriegszeit nach 1919, als dort jene bloodlands instabiler Staatlichkeit entstanden, in denen das Zeitalter der Weltkriege am verheerendsten wütete. Und nach 1990 zeigten sich

diese Gewaltpotentiale im zerfallenden Jugoslawien und in der Ukraine, also gerade außerhalb der NATO und der Europäischen Union. Die Stabilisierung Ostmitteleuropas innerhalb ihrer Grenzen ist die oft übersehene große Erfolgsgeschichte der europäischen Integration nach 1990.

Auf der anderen Seite steht das Verhältnis zu Russland. „Ich hoffe, dass von den hier Anwesenden niemand an den Unsinn glaubt, dass eine der Seiten den Sieg im ‚Kalten Krieg‘ davongetragen habe.“³⁹ Michail Gorbatschows Bemerkung gegenüber George Bush am 31. Mai 1990 war ebenso falsch wie signifikant. Natürlich hatte die Sowjetunion den Kalten Krieg verloren. Sie wurde nicht gedemütigt wie Russland 1918 in Brest-Litowsk, aber auch nicht auf gleicher Augenhöhe behandelt wie Frankreich auf dem Wiener Kongress 1815. Am ehesten entsprach 1989/91 der Niederlage Österreichs gegen Preußen im Deutschen Krieg von 1866: die Habsburgermonarchie wurde geschont, war aber fortan auf die Position eines Juniorpartners zurückgestuft. So lange sich Russland mit dieser Rolle zufrieden gab, funktionierte die Ordnung von 1990. Seit es dies nicht mehr tat und Waldimir Putin danach trachtete, die empfundene Demütigung der „größten geopolitischen Katastrophe des 20. Jahrhunderts“ zu revidieren, stand die Ordnung von 1990 zur Disposition.⁴⁰

Die Russen waren 1990 nicht betrogen worden. Aber die Neuordnung Europas auf der Grundlage des Zusammenbruchs der Sowjetunion und der Ausdehnung der westlichen Institutionen barg Spannungen in sich, vor allem zwischen den Interessen der ostmitteleuropäischen Staaten und Russlands. Sie brachen nach knapp zwei Jahrzehnten ebenso auf wie die Überspannungen der europäischen Integration durch die Währungsunion. Insofern hat die europäische Doppelkrise von 2015 viel mit der europäischen Neuordnung von 1990 zu tun. Zugleich ist es nichts Neues, dass Geschichte nicht für die Ewigkeit baut, sondern immer neue Herausforderungen und Dilemmata stellt. Dass es immer wieder kein einfaches „falsch“ oder „richtig“ gibt, ist eine der zentralen Erfahrungen der Geschichte – und die bleibende Herausforderung demokratischer Politik.

- 1:** Jacob Burckhardt: *Weltgeschichtliche Betrachtungen. Über geschichtliches Studium. Gesammelte Werke. Bd. IV*, Darmstadt 1970, S. 123
- 2:** Handelsblatt vom 21. Februar 1990, in: Archiv für Christlich-Demokratische Politik. Presse-dokumentation, 1/20/19–1.
- 3:** *Fernsehansprache Kohls* am 2. Oktober 1990, zit. n. Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen (Hg.), Texte zur Deutschlandpolitik. Reihe III/ Bd. 8b, Bonn 1990, S. 698 u. 700.
- 4:** Vgl. dazu und zum Folgenden allgemein Andreas Rödder: *Deutschland einig Vaterland. Die Geschichte der Wiedervereinigung*, München 2009, S. 279–365.
- 5:** *Rede de Maizières beim Festakt*, zit. n. Archiv der Gegenwart 1990, S. 34930; Fernsehansprache, zit. n. Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen (Hg.), Texte zur Deutschlandpolitik, S. 701.
- 6:** Lothar de Maizières: *Anwalt der Einheit. Ein Gespräch mit Christine de Maizières*, Berlin 1996, S. 101.
- 7:** Karl-Heinz Paqué: *Die Bilanz. Eine wirtschaftliche Analyse der deutschen Einheit*, München 2009, S. 42.
- 8:** Vgl. Andreas Rödder: 21.0. *Eine kurze Geschichte der Gegenwart*, München 2015, S. 204.
- 9:** Wolfgang Seibel: *Verwaltete Illusionen. Die Privatisierung der DDR-Wirtschaft durch die Treuhandanstalt und ihre Nachfolger 1990–2000*, Frankfurt am Main 2005.
- 10:** Zahl nach Gerhard A. Ritter: *Die deutsche Wiedervereinigung*, in: Historische Zeitschrift 286 (2008), S. 311.
- 11:** Paqué: *Die Bilanz*, S. 125.
- 12:** Vgl. ebd.
- 13:** Vgl. zum Folgenden Karl-Heinz Paqué: *Gewachsen, aber gefährdet. Eine wirtschaftliche Zwischenbilanz der Deutschen Einheit für Mitteldeutschland und Thüringen, anno 2013*, Erfurt 2013; Rödder: 21.0, S. 202–211; *Jahresbericht zum Stand der Deutschen Einheit 2012*, bes. Teil A, S. 10 u. 33 sowie Teil C, S. 3 u. 8; sowie Michael C. Burda: *Wirtschaft in Ostdeutschland im 21. Jahrhundert*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte (2010)*, H. 30–31, S. 26–33.
- 14:** Paqué: *Gewachsen, aber gefährdet*, S. 8 f.
- 15:** *Jahresbericht zum Stand der Deutschen Einheit 2012*, Teil C, S. 2.
- 16:** Rainer Geißler: *Die Sozialstruktur Deutschlands*, Wiesbaden 2011, S. 77.
- 17:** Helmut Kohl: *Erklärung der Bundesregierung, 21. Juni 1990*, in: Texte zur Deutschlandpolitik, S. 396.
- 18:** Vgl. Rödder: 21.0, S. 207.
- 19:** Gabor Steingart: *Deutschland – Der Abstieg eines Superstars*, München 2004.
- 20:** Vgl. Paqué: *Die Bilanz*, S. 192.
- 21:** Vgl. Paqué: *Gewachsen, aber gefährdet*, S. 33 f.
- 22:** *Niederschrift über das Gespräch zwischen Genscher und Mitterrand am 30. November 1989 in Paris*, in: Andreas Hilger (Hg.), *Diplomatie für die deutsche Einheit. Dokumente des Auswärtigen Amts zu den deutsch- sowjetischen Beziehungen 1989/90*, München 2011, Dok. 11/ S. 58 f.
- 23:** Benjamin Disraeli: *Rede vor dem Unterhaus*, 9. Februar 1871, in: Hansard's Parliamentary Debate, Third Series, Vol. 204, Sp. 81.
- 24:** Ludwig Dehio: *Deutschland und die Epoche der Weltkriege*, in: ders., *Deutschland und die Welt-politik im 20. Jahrhundert*, München 1955, S. 9–36, hier S. 15.
- 25:** *Helmut Kohl vor dem Bundesvorstand der CDU, 27. November 1989*, in: Helmut Kohl, *Berichte zur Lage 1989–1998. Der Kanzler und Parteivorsitzende im Bundesvorstand der CDU Deutschlands*, bearb. von Günter Buchstab und Hans-Otto Kleinmann, Düsseldorf 2012, S. 57.

- 26:** Helmut Kohl vor der Bundestagsfraktion der CDU/CSU am 24. Oktober 1989, zit. n. Andreas Wirsching, Abschied vom Provisorium. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland 1982–1990, München 2006, S. 532.
- 27:** Vgl. zum Folgenden Rödder: 21.0, S. 280–297.
- 28:** Thilo Schabert: *Wie Weltgeschichte gemacht wird. Frankreich und die deutsche Einheit*, Stuttgart 2002, S. 335; Frédéric Bozo: *Mitterrand, the End of the Cold War and German Unification*, New York 2011, S. 53; Jacques Attali: *Verbatim. Tome III: Chronique des années 1988–1991*, Paris 1995, S. 74 (17. August 1988).
- 29:** Zum Gespräch zwischen Mitterrand und Thatcher vgl. David Marsh: *The Euro. The Politics of the New Global Currency*, New Haven 2009, S. 135; Edouard Balladurs Memorandum vom 29. Dezember 1987, in: Henry Krägenau/Wolfgang Wetter, Europäische Währungsunion. Vom Werner-Plan zum Vertrag von Maastricht. Analysen und Dokumentation, Baden-Baden 1993, Dok. 60/ S. 338.
- 30:** Krägenau/Wetter: *Europäische Währungsunion*, Dok. 50/ S. 309 f.
- 31:** Niederschrift über das Gespräch zwischen Genscher und Mitterrand am 30. November 1989 in Paris, in: Hilger (Hg.), *Diplomatie für die deutsche Einheit*, Dok. 11/ S. 58 f.
- 32:** Kohl an Mitterrand, 5. Dezember 1989, in: Dokumente zur Deutschlandpolitik. Deutsche Einheit. Sonderedition aus den Akten des Bundeskanzleramtes 1989/90, bearb. von Hanns Jürgen Küsters u. Daniel Hofmann, München 1998, Dok. 111/ S. 614.
- 33:** Aufzeichnung des Gesprächs zwischen Kohl und Baker am 12. Dezember 1989, in: ebd., Dok. 120/ S. 638.
- 34:** Vgl. dazu Mary Sarotte: *Not One Inch Eastward? Bush, Baker, Kohl, Genscher, Gorbachev, and the Origin of Russian Resentment toward NATO Enlargement in February 1990*, in: *Diplomatic History* 34 (2010), S. 119–140; Kristina Spohr: *Precluded or Precedent-Setting? The “NATO Enlargement Question” in the Triangular Bonn-Washington-Moscow Diplomacy of 1990–1991*, in: *Journal of Cold War Studies* 14 (2012), H. 4, S. 4–54; Andreas Rödder: *Transferring a civil revolution into high politics: The West German Drive for Unification and the new European order*, in: Frédéric Bozo/Andreas Rödder/Mary Sarotte, *German Unification: An International History*, London 2016.
- 35:** Baker an Kohl, 10. Februar 1990, in: Dokumente zur Deutschlandpolitik, Dok. 173/ S. 794.
- 36:** Aufzeichnung des Gesprächs zwischen Schewardnadse und Genscher am 10. Februar 1990, in: Hilger (Hg.), *Diplomatie für die deutsche Einheit*, Dok. 20/ S. 102; zum Gespräch zwischen Genscher und Hurd vgl. *Documents on British Policy Overseas*, Series VIII, Vol. VII, Dok. 129/ S. 262 (Hurd an Mallaby, 6 Februar 1990); die deutschen Aufzeichnungen im Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes, ZA 178.054 E, stimmen mit Hurds Bericht überein, dort ist nur von Ungarn anstelle von Polen die Rede.
- 37:** Vgl. Kristina Spohr: *Precluded or Precedent-Setting?*, S. 49; zum Treffen in Camp David vgl. *Dokumente zur Deutschlandpolitik*, Dok. 268/ S. 1090–1094; sowie Rödder: *Deutschland einig Vaterland*, S. 201–204.
- 38:** *Diskussion der deutschen Frage im Beraterstab von Generalsekretär Gorbatschow am 26. Januar 1990*, in: Aleksandr Galkin/ Anatolij Tschernjajew (Hg.), Michail Gorbatschow und die deutsche Frage. Sowjetische Dokumente 1986–1991, München 2011 (zuerst russ. 2006), Dok. 66/ S. 286–291.
- 39:** *Aufzeichnung des Gesprächs zwischen Michail Gorbatschow und George Bush am 31. Mai 1990*, in: Aleksandr Galkin/ Anatolij Tschernjajew (Hg.), Michail Gorbatschow und die deutsche Frage. Sowjetische Dokumente 1986–1991, München 2011 (zuerst russ. 2006), Dok. 96/ S. 440.
- 40:** Zit. n. Boris Chavkin: Die Nostalgie nach dem Stalinschen Imperium im postsowjetischen russischen Diskurs, in: Forum für osteuropäische Ideen- und Zeitgeschichte 13 (2009), H. 2, S. 81–100, hier S. 82.

Prof. Dr. Andreas Rödder, geboren am 11. Juli 1967 in Wissen /Sieg, ist seit April 2005 ordentlicher Professor für Neueste Geschichte an der Johannes Gutenberg-Universität in Mainz mit dem Schwerpunkt Internationale Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts.

Von Oktober 2012 bis September 2013 war Rödder Gerda-Henkel Visiting Gastprofessor an der London School of Economics und am Deutschen Historischen Institut, ebenfalls in London.

Seine aktuellen Forschungen befassen sich mit der deutschen Wiedervereinigung, über die er 2009 eine vielbeachtete Gesamtdarstellung unter dem Titel „Deutschland einig Vaterland“ publiziert hat. Zudem beschäftigt er sich mit Wertewandelprozessen im 20. Jahrhundert sowie mit der jüngsten Zeitgeschichte seit 1990. Im Herbst 2015 erschien „21.0. Eine kurze Geschichte der Gegenwart“.

Rödder ist u. a. Mitherausgeber der Historischen Zeitschrift, Mitglied der Wissenschaftlichen Leitung der Dokumente zur Deutschlandpolitik sowie der Wissenschaftlichen Beiräte des Instituts für Zeitgeschichte München/Berlin und des Hauses der Geschichte der Bundesrepublik in Bonn, Mitglied des Vorstands der Konrad-Adenauer-Stiftung und Präsident der Stresemann-Gesellschaft.

Im Juli 1987 hat Rödder die C-Kirchenmusikerprüfung an der Bischöflichen Kirchenmusikerschule in Essen abgelegt. Seit 2000 ist er erster ständiger Gastpianist der Jazz-Band „Tambosi“.

Andreas Rödder ist verheiratet und Vater von drei Kindern.

Hinweis:

Der Beitrag ist ein Auszug aus den Helmstedter Colloquien 2015, Deutsche Einheit, hg. von Martin Sabrow, Leipzig 2016.

